

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und DIE LINKE****Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen
für die Jahre 2024 und 2025****PPL 21 Kinder und Bildung (Land) – Erinnerungskulturelle Arbeit bei
der Landeszentrale für politische Bildung Bremen (LZpB)
(Erinnerungskulturelle Strategie für Bremen, Schule gegen Rassismus,
Stolpersteine, Gedenkarbeit NS-Diktatur)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	21	Kinder und Bildung
Produktbereich:	21.06	Sonstiges Bildung (L)
Produktgruppe:	21.06.02	Landeszentrale für politische Bildung (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2024 um 40 000 Euro erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2025 um 80 000 Euro erhöht.

Die Zielzahl erhöht sich für das Jahr 2024 von 10,32 Vollzeiteinheiten (VZE) um 1,0 VZE auf 11,32 VZE.

Die Zielzahl erhöht sich für das Jahr 2025 von 10,32 VZE um 1,0 VZE auf 11,32 VZE.

Das Stellenvolumen wird für das Jahr 2024 entsprechend um eine Stelle erhöht.

Das Stellenvolumen wird für das Jahr 2025 entsprechend um eine Stelle erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der kamerale Haushaltsplan wie folgt ergänzt beziehungsweise geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0257	Landeszentrale für politische Bildung
Titel:	428 02x (neu)	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Erinnerungskulturelle Arbeit „Schule gegen Rassismus“)

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2024 von 40 000 Euro eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2025 von 80 000 Euro eingestellt.

Hier erfolgt die Deckung durch Entnahme aus zentraler Stabilitätsrücklage bei der Haushaltsstelle 0980.359 80-8. Die konkrete Deckung wird im Rahmen der Schlussanträge dargestellt.

Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE